

Linkes Profil statt Allgemeinplätze

Zur Erklärung von Rico Gebhardt, 2014 als Spitzenkandidat zu kandidieren

Rico Gebhardt hat in einer umfangreichen Presseerklärung vom 21. Oktober 2013 begründet, dass er sich „beim Landesparteitag am 16. November um die Nominierung als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2014“ bewirbt. Der Landesvorstand hat diese Kandidatur „einstimmig“ und „zustimmend“ zur Kenntnis genommen.

Weder diese Einmütigkeit noch die Begründung von Rico für seine Kandidatur mit der ihm eigenen Fähigkeit, „in der Politik etwas voran(zu)bringen“, noch seine Gedanken zur Wahlstrategie der Partei DIE Linke vermögen uns zu überzeugen, dass eine Entscheidung für Rico Gebhardt als Spitzenkandidat unseres Landesverbandes bei den Landtagswahlen 2014 richtig wäre.

Zur Kandidatur

Zum Für und Wider seiner Kandidatur äußert sich Rico Gebhardt selbst ausführlich. Er merkt unter anderem an, dass er spürbar Stimmen im Vergleich zu seiner letzten Wahl 2010 verloren hat und wertet die Gegenstimmen von „fast einem Drittel der Delegierten“ zu Recht als „parteiinternes Stimmungsbarometer“. Einen Zusammenhang zwischen seiner Zustimmung als einziger Landesvorsitzender zu einer verfassungsrechtlichen Verankerung der Schuldenbremse (gegen die dem entgegenstehende Position im Bundestagswahlprogramm) und seinem Vertrauensverlust sieht er nicht. Denn das Ergebnis würde ja „eine deutlich linke Handschrift“ tragen. Wer das anders sieht und ihn des „Neoliberalismus und anderer Todsünden“ bezichtigt, verstehe den Anspruch der Linken als „Gestaltungspartei“ nicht und vollziehe den Übergang „von der Meinungs- zur Beleidigungsfreiheit“.

Mit einer derartigen Position ist Rico Gebhardt nicht der geeignete Spitzenkandidat im Wahlkampf für unsere Partei im Landtagswahlkampf 2014. Ein Spitzenkandidat muss die verschiedenen Flügel der Partei im Wahlkampf zusammenführen können. Wenn Rico eine unseres Erachtens berechtigte Kritik an seiner Politik in der Schuldenbremsenfrage mit Rechthaberei und Ausgrenzung beantwortet, ist er schon deshalb als Spitzenkandidat ungeeignet.

Gesellschaftsanalyse nach Rico Gebhardt

Die Linke hat vor noch nicht einmal zwei Jahren in Erfurt mit überwältigender Mehrheit ein Programm beschlossen. Der Kapitalismus, so unter anderem, ist danach eine „Klassengesellschaft“. Er setzt seit den siebziger Jahren auf eine „neoliberale Wende“, dereguliert die Arbeitsmärkte und versucht, das Lohnniveau zu drücken. Erreicht wurde, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten verändert. Die wirtschaftlichen und die gesellschaftlichen Entwicklungen werden ebenso wie das Staatshandeln und die Politik „entscheidend von den Interessen des Kapitals bestimmt“. Zugleich macht der Kapitalismus eine strukturelle Krise durch. Dagegen, so das Erfurter Programm, ist die „Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand“ erforderlich. „Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.“

Die Erklärung von Rico enthält eine völlig andere Sicht der Dinge. Kapitalismus, Kapitalmacht oder die Interessen der Lohnabhängigen sind seine Begriffe nicht. In seiner Erklärung kommt er

zu dem Ergebnis, dass er es vermag, von oben auf die Wechselwirkung zwischen der eigenen Partei und die gestaltenden Kräfte der Gesellschaft (zu) schauen“ und „daher Die LINKE in Sachsen zu neuen Handlungsoptionen führen kann.“ Das habe mit seinem „politischen Stil“ zu tun. Dieser tritt bei Rico gewissermaßen an die Stelle der für ein linkes Politikverständnis bisher üblichen und unbedingt erforderlichen Einheit von Lageanalyse und Handlungsorientierung. .

Der politische Stil von Rico lässt den Kampf um progressive gesellschaftliche Veränderungen nicht nur als Illusionstheater, sondern als permanenten politischen Karneval erscheinen. Locker, jenseits jeder ernsthaften Analyse der gesellschaftlichen und politischen Zustände, die dem entgegenstehen, wird erörtert, wie wir alles gestalten können. Wir verzichten darauf, „den Ministerpräsidenten zu stellen.“ Weil wir „gesellig und realistisch“ sind, versuchen wir den Politikwechsel nicht allein, „sondern sind bereit mit anderen zum gemeinsamen Handeln – auf der Ebene der Parteipolitik zuerst mit SPD und GRÜNE.“ Vor weiteren „friedlichen sächsischen Revolutionen“ haben wir keine Angst. Politik darf nicht länger „langweilig“ sein. „Wir wollen eine sächsische Staatsregierung haben, die so interessant ist wie die Sachsen selbst.“

Schon wegen der hier dokumentierten mangelhaften sprachlichen und politischer Ernsthaftigkeit sollten wir Rico Gebhardt als Spitzenkandidaten ablehnen.

Für ein eigenständiges politisches Profil im Landtagswahlkampf

Wenn es eine gesicherte Lehre aus dem Bundeswahlkampf 2013 gibt, dann die, dass Wahlstrategie der Linken, will sie denn erfolgreich sein, diejenigen mobilisieren muss, in deren Interesse wir Politik machen wollen. Das ist nur möglich, wenn wir einen betont inhaltlichen Wahlkampf führen. Unsere politischen Forderungen müssen an die unmittelbaren Sorgen der Lohnabhängigen, der Prekarisierten, der Mittelschichten usw. anknüpfen. Wir müssen uns zugleich den Herausforderungen der Umweltkrise, der sozialen Polarisierung, des Überwachungsstaates, einer Kriegsführungspolitik in aller Welt und des Aufkommens faschistischer Bewegungen und Stimmungen stellen. Wie dies konkret in Sachsen aussehen soll, ist aus der Erklärung von Rico nicht zu entnehmen. Bedenklich ist die Meinung von Rico, „dass mit Negativ-Campaigning keine Meinungsführerschaft zu gewinnen ist.“ Sollte das heißen, wir stellen unsere Kritik an der Politik der CDU-geführten Landesregierung ein, so wäre das die Aufforderung zum Abschied von unserer Verantwortung als größte Oppositionspartei in Sachsen.

Auch die in der Erklärung enthaltenen „eigenen politischen Botschaften“ sind überwiegend mehrdeutige Allgemeinplätze. (Eine Ausnahme ist die richtige konkrete Forderung „genug Mittel für ausreichend Lehrer/innen und Polizist/innen“.) Da gibt es zum einen Punkte, die ebenso im Wahlkampf anderer Parteien, selbst der FDP, einen Platz haben können: „eine starke innovative sächsische Wirtschaft“, „solidarische Marktwirtschaft in regionalen Wirtschaftsräumen“. Andere politische Botschaften erwecken Interesse, aber bleiben unkonkret und so für eine erfolgreiche Wahlstrategie unbrauchbar: „Die Linke ist die politische Sozialversicherung im Landtag“, „mit uns in der Regierung (wird es) nicht schlechter, sondern vieles besser“.

Von dem Spitzenkandidaten der LINKEN im bevorstehenden Landtagswahlkampf 2014 erwarten wir ein anderes Niveau hinsichtlich seines linken Profils wie auch seiner politischen Intelligenz.

Heinz Bielan, Bernd Könitz, Siegfried Kretschmar, Ekkehard Lieberam, Sigmund Mai